

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabebetages. Bezugspreis monatlich 30 Mk., ohne Bringerlohn, durch die Post bezogen monatlich 30 Mk. Einzelne Nr. 1 Mk. Sonntags-Nr. 1.50 Mk. Inseratenpreis 1 Zeile 4.— Mk., Reklamezeile 88 mm breit 12 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Teile 9.— Mk. Hinweise auf Anzeigen und Eingelände 1 Bett-Zeile 2 Mk. Nachweisungsgebühr 2 Mk.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Köfner in Waldenburg.

Anzeigenannahmestelle: Vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 20; Geschäftszeit: Vormittag 7—1, Nachm. 2—5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto W. Müller; in Callenberg bei Herrn Straußwitzer; in Ziegenhain bei Herrn Straußwitzer; in Langensachsen bei Herrn Straußwitzer; in Penzig bei Herrn Straußwitzer; in Wollenburg bei Herrn Straußwitzer; in Ziegenhain bei Herrn Straußwitzer. Bankkonto: Vereinskasse zu Golditz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindeamt Waldenburg 10/11.

Nr. 183. Dienstag, den 8. August 1922.

Witterungsbericht aufgenommen am 7. August, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 757 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 20,0° C. (Morgens 8 Uhr + 17,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 14° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Saunders Polymeter 73%. Taupunkt + 15,5°. Windrichtung Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 48 Stunden bis früh 7 Uhr: 4,5 mm. Daher Witterungsaussichten für den 8. August: Neigung zu Niederschlägen.

Beginn der französischen Retorsionen.

Der Raubzug Frankreichs gegen Deutschland hat begonnen. In Preußen ist das Fissen der alten Reichsfahne auf staatlichen und kommunalen Gebäuden verboten. Der Dollar krieg am Sonnabend wieder auf 788 Mark. Bayern führt das Reichsgetreidegesetz durch. Die Sozialisten im bayerischen Landtag gaben der Regierung ein Mißtrauensvotum. Am Montag sollen 150 Deutsche aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen werden. Dänemark will die Einfuhr von Schuwaren und Zigaretten verbieten. Poincaré traf am Sonntag in London ein. In Mailand eskalierten die Faschisten das Kathakos. England beantragt Suspendierung der deutschen Zahlungen. Der neue polnische Ministerpräsident entwickelte im Sejm sein Programm. Die griechischen Truppen in der Türkei ziehen sich zurück. Japan und China wollen die Sowjetregierung anerkennen. Amerika verlangt bei Annullierung der Kriegsschulden und zugleich Abrüstung. In Nordamerika ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück.

Waldenburg, 7. August 1922.

Mit den Schlagworten: Wirtschaftliche Hochkonjunktur und riesenhafter Unternehmergewinn! lassen sich weite Kreise unseres Volkes, insbesondere die Arbeitnehmer, seit der Revolutionszeit blinzelnd berauschen. Das Unternehmertum könnte wahrlich stolz sein auf die in seine unverwundliche Kraft und materielle Leistungsfähigkeit gesetzten Hoffnungen. Man verläßt sich darauf, daß die Reparationslasten, die Sehbeträge in Reich, Staat und Gemeinde, Zuschüsse zu den Wohnungsbauten u. d. durch Industrie und Handel aufgebracht werden können. Die von Monat zu Monat sprunghaft steigenden Lohnforderungen brauchen nur in die Preise einzurechnen zu werden, ein einfaches Rechenexempel. Die Entwertung der Mark ermöglicht hohe Valutagesinne, denn das Ausland kann deutsche Waren nicht entbehren, und diese sind bisher viel zu billig verschleudert worden. Diese unverdienten Gewinne müssen der Allgemeinheit zugute kommen. Hohe Dividenden wirken aufreizend und sind weiter zu beschneiden. Verhüt die Verbreitung einer solchen Lehre auf Unverständnis oder Parteipolitik? Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind allerdings seit der Revolution so verworren und unberechenbar, daß man nur bei vorurteilsfreier, sachlicher Prüfung von Ursachen und Wirkung, von Phantasie und Wirklichkeit die tatsächliche Lage und die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft einigermaßen beurteilen kann. Die Indexziffer unserer Geldentwertung nach den Großhandelspreisen beträgt zur Zeit ca. 7000 Prozent. Löhne, wie auch Gehälter der unteren und mittleren Beamten haben den 40—60fachen Friedenspreis erreicht. Demnach hat sich die Kaufkraft des Arbeitseinkommens gegenüber der Vorkriegszeit um ca. 28 Prozent vermindert. Eine weit höhere Entwertung ergibt sich für den Kapital- Ertragswert der Unternehmer bez. Aktienhaber. Früher betrug die Durchschnittsdividende aus Industrie und Handel beispielsweise 9 Prozent jährlich. In den letzten drei Jahren dürfte der Ertrag auf durchschnittlich höchstens 27 Prozent gestiegen sein. Das ist das 3fache gegenüber einer 70fachen Geldentwertung, demnach ein Rückgang um 95 Prozent von 9 auf 0,4 Prozent in Goldmark. Es sei zugegeben, daß außer dem verteilten Gewinn noch scheinbar höhere Beträge als Sonderabschreibungen oder Rückstellungen erübrigt werden. Unter Berücksichtigung der Geldentwertung schrumpfen aber auch diese Zahlen auf ein ganz bescheidenes Maß zusammen. Das Operieren mit den effektiven Bilanzzahlen muß somit als eine verhängnisvolle Irreführung der Öffentlichkeit beklagt werden. In diesen ausgeworfenen Scheingewinnen ist auch der Anteil der Allgemeinheit in Form von Steuern enthalten, welcher den Kapitalertrag für die Aktionäre übersteigt. Allein die Körperschaftsteuer beträgt 20 Prozent auf den nicht verteilten, 35 Prozent auf den verteilten Gewinn. Auf letzteren werden dann noch 10 Prozent Kapitalertragssteuer und die Einkommensteuer in Höhe von 10—60 Prozent abzüglich 10—15 Prozent nach § 12 des Körperschaftssteuer-Gesetzes erhoben, ganz abgesehen von sonstigen Lasten auf dem Kapital. Von dem Gewinnanteil aus einer Erwerbsgesellschaft bleibt den Kapitalisten in den höheren Steuerklassen nicht mehr als ein Viertel. Die Abgaben gehen die restlichen 76 Prozent auf. Eine noch weitergehende Konfiskation des Ertrages aus der Wirtschaft müßte naturgemäß jedes Interesse des Unternehmers unterdrücken. Ohne Initiative eines selbstverantwortlichen Unternehmers, ohne Kapitalbildung kann aber die Wirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte nicht aufrecht erhalten werden. Das haben die russischen und anderweitigen Experimente mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen.

Die Valutagesinne sind nur eine vorübergehende Erscheinung. Unsere Güterpreise haben sich immer den Weltmarktpreisen genähert, teilweise sind letztere schon überholt. Die Menge der inländischen Rohprodukte ist völlig ungenügend für die Beschäftigung unserer Industrie. In der Hauptsache sind wir auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen: Baumwolle, Wolle, Zute, Gummi, Kupfer, Zinn, Erze, Öl, Petroleum usw. Die Einkaufspreise sind für uns mindestens um Fracht und Zoll höher, als für unsere ausländische Konkurrenz. Dazu kommen Rückfrachten der fertigen Ware, die vielfach erhöhten Einfuhrzölle und teilweise besondere Abwehrgölle für Waren deutschen Ursprungs. Diese Mehrkosten können durch unsere verhältnismäßig billigeren Arbeitslöhne kaum ausgeglichen werden. Außer für Spezialitäten mit Monopollage sind nennenswerte Valutagesinne nicht mehr möglich, wohl aber erweisen sich Exportgeschäfte für den Unternehmer häufig als verlustbringend, wenn er zu festen Preisen verkaufen, aber bis zur Vervollendung der Fabrikation erhebliche Steuerzuschläge tragen muß. Der Export geht durch die künstliche Absperrung des Auslandes auch zusehends zurück. Die schon erwähnten, scheinbar hohen Rückstellungen sind bei der Mehrzahl der Betriebe nicht ausreichend zur Beschaffung der Erneuerungen und Verbesserungen, welche eine fortschreitende technische Ausgestaltung der Fabrikanlagen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem kapitalkräftigeren Auslande eigentlich erfordert. Größere Anschaffungen werden wegen der ebenfalls um 5000—7000 Prozent höheren Kosten nur in ganz dringenden Fällen gemacht. So treiben wir schon seit der Kriegszeit gezwungenermaßen Raubbau, und bleiben von Jahr zu Jahr weiter zurück gegen die Konkurrenz in den valutatarken Staaten, welche unter dem Schutze der früheren Kriegs- und jetzigen Einfuhrblockade sieberhaft an der Ueberflügelung der deutschen Industrie arbeitet.

Nur einmütige Abwehr der Erdrobelungspolitik unserer Feinde und gleichzeitige Ablehnung von einer kurzfristigen sozialistischen Wirtschaftstheorie können unser Volk allmählich wieder aus den finanziellen Nöten herausführen. Im bayerischen Landtag gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß die Staatsregierung das Reichsgetreidegesetz für 1922/23 in Bayern durchzuführen werde. Die bayerische Regierung hofft, daß die bayerische Bauernschaft der Umlage nicht, wenn auch widerwillig, aber mit Rücksicht auf die sich verschärfende Notlage weiterer Volksteile doch erfüllen werde. Ueber den Eintritt der bayerischen Mittelpartei in die Regierungskoalition wird halbamtlich eine Auslassung verbreitet, worin festgelegt wird, daß eine Wenderung des politischen Kurses durch den Eintritt der Bayerischen Mittelpartei in die Koalition nicht bedingt wird. Die Gesamtkosten für die weitere Wirtschaftsentwicklung Oberschlesiens werden von dem preussischen Handelsminister auf 4 Milliarden veranschlagt. Nachdem das preussische Staatsministerium beschlossen hat, daß die staatlichen Gebäude sowohl die Landesregie wie die Reichsregie zu hessen haben, hat der preussische Minister des Innern in einem neuen Erlass das Fissen der alten Reichsfahne auf jedem staatlichen oder kommunalen Dienstgebäude verboten. Auf Privathäuser erstreckt sich diese Verordnung selbstverständlich nicht. Der Ausschragabenausschuß des Reichswirtschaftsrats, von dessen sechs Mitgliedern nur fünf anwesend waren, nahm nach längerer Debatte folgenden Antrag an: „Der Ausschragabenausschuß spricht sich grundsätzlich für eine Anpassung der Ausschragabgabe an die Valuta aus.“ Die beiden Arbeitgeber des Handels und der Industrie hatten sich gegen den Antrag erklärt. Bei der Haushaltsberatung im bayerischen Landtag gab der Abg. Timm (Soz.) namens seiner Parteifreunde die Erklärung ab, daß sie gegen das Finanzgesetz stimmen; nach parlamentarischen Grundsätzen wolle die Partei dadurch ihr schärfstes Mißtrauen gegen die augenblickliche bayerische Staatsregierung zum Ausdruck bringen, die in einer Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Not eine die Reichseinheit bedrohende, die Ziele Frankreichs fördernde jeden kulturellen Fortschritt verneinende Politik betreibe. Der Redner erhielt einen Ordnungsruf. Der Abg. Neumann (M. S. P.) schloß sich der Erklärung des Abg. Timm vollinhaltlich an, weshalb er vom Präsidenten ebenfalls zur Ordnung gerufen wurde. Nach Annahme des Haushalts vertagte sich der Landtag. Die Nachricht von der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten v. Lerchenfeld nach Berlin ist aus der Luft gegriffen. Am Sonnabend trafen die beiden Reichsminister Fehr und Geßler in München ein, um mit der bayerischen Staatsregierung wegen des Schutzes zu verhandeln. Unter dem Verdacht des Landesverrats wurden in Wilhelmshaven zwei Personen aus Württemberg festgenommen. In ihrem Besitz befand sich umfangreiches Material über deutsche Marineangelegenheiten, das anscheinend dem Nachrichtenamt einer fremden Macht ausgeliefert werden sollte. Der neue Raubzug Frankreichs hat begonnen. Die französische Regierung hat beschlossen, da die deutsche Regierung nur eine bilatorische Antwort erteilt hat, die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg anzuweisen, daß sie bis auf weiteres keine deutschen Forderungen anerkennen und keine Entschädigungen zahlen und die Wirlungen des französisch-deutschen Abkommens vom August/September 1921 suspendiert werden. Weitere progressive Bestimmungen werden in Aussicht gestellt. Poincaré hat 15 Sanktionen in einer Pressebesprechung erwähnt, die allmählich zur Anwendung kommen sollen. Deutschland habe Millionen übrig für Ergriffung von Nordruben, während es die Devisenankäufe für die Reparationen einstelle. Dieses Spiel sei zu Ende. Das

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Im bayerischen Landtag gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß die Staatsregierung das Reichsgetreidegesetz für 1922/23 in Bayern durchzuführen werde. Die bayerische Regierung hofft, daß die bayerische Bauernschaft der Umlage nicht, wenn auch widerwillig, aber mit Rücksicht auf die sich verschärfende Notlage weiterer Volksteile doch erfüllen werde. Ueber den Eintritt der bayerischen Mittelpartei in die Regierungskoalition wird halbamtlich eine Auslassung verbreitet, worin festgelegt wird, daß eine Wenderung des politischen Kurses durch den Eintritt der Bayerischen Mittelpartei in die Koalition nicht bedingt wird. Die Gesamtkosten für die weitere Wirtschaftsentwicklung Oberschlesiens werden von dem preussischen Handelsminister auf 4 Milliarden veranschlagt. Nachdem das preussische Staatsministerium beschlossen hat, daß die staatlichen Gebäude sowohl die Landesregie wie die Reichsregie zu hessen haben, hat der preussische Minister des Innern in einem neuen Erlass das Fissen der alten Reichsfahne auf jedem staatlichen oder kommunalen Dienstgebäude verboten. Auf Privathäuser erstreckt sich diese Verordnung selbstverständlich nicht. Der Ausschragabenausschuß des Reichswirtschaftsrats, von dessen sechs Mitgliedern nur fünf anwesend waren, nahm nach längerer Debatte folgenden Antrag an: „Der Ausschragabenausschuß spricht sich grundsätzlich für eine Anpassung der Ausschragabgabe an die Valuta aus.“ Die beiden Arbeitgeber des Handels und der Industrie hatten sich gegen den Antrag erklärt. Bei der Haushaltsberatung im bayerischen Landtag gab der Abg. Timm (Soz.) namens seiner Parteifreunde die Erklärung ab, daß sie gegen das Finanzgesetz stimmen; nach parlamentarischen Grundsätzen wolle die Partei dadurch ihr schärfstes Mißtrauen gegen die augenblickliche bayerische Staatsregierung zum Ausdruck bringen, die in einer Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Not eine die Reichseinheit bedrohende, die Ziele Frankreichs fördernde jeden kulturellen Fortschritt verneinende Politik betreibe. Der Redner erhielt einen Ordnungsruf. Der Abg. Neumann (M. S. P.) schloß sich der Erklärung des Abg. Timm vollinhaltlich an, weshalb er vom Präsidenten ebenfalls zur Ordnung gerufen wurde. Nach Annahme des Haushalts vertagte sich der Landtag. Die Nachricht von der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten v. Lerchenfeld nach Berlin ist aus der Luft gegriffen. Am Sonnabend trafen die beiden Reichsminister Fehr und Geßler in München ein, um mit der bayerischen Staatsregierung wegen des Schutzes zu verhandeln. Unter dem Verdacht des Landesverrats wurden in Wilhelmshaven zwei Personen aus Württemberg festgenommen. In ihrem Besitz befand sich umfangreiches Material über deutsche Marineangelegenheiten, das anscheinend dem Nachrichtenamt einer fremden Macht ausgeliefert werden sollte. Der neue Raubzug Frankreichs hat begonnen. Die französische Regierung hat beschlossen, da die deutsche Regierung nur eine bilatorische Antwort erteilt hat, die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg anzuweisen, daß sie bis auf weiteres keine deutschen Forderungen anerkennen und keine Entschädigungen zahlen und die Wirlungen des französisch-deutschen Abkommens vom August/September 1921 suspendiert werden. Weitere progressive Bestimmungen werden in Aussicht gestellt. Poincaré hat 15 Sanktionen in einer Pressebesprechung erwähnt, die allmählich zur Anwendung kommen sollen. Deutschland habe Millionen übrig für Ergriffung von Nordruben, während es die Devisenankäufe für die Reparationen einstelle. Dieses Spiel sei zu Ende. Das